

Artikel (in leicht veränderter Fassung) erschienen in Häupl, M./Oxonitsch, C./Millmann, G (Hrsg./2005): „Wiener Jahrbuch für Politik 2004/2005“, Wien: Echomedia Verlag, ISBN: 3-901761-51-9, AutorInnen: [barbara.blaha@reflex.at](mailto:barbara.blaha@reflex.at), [leonhard.dobusch@reflex.at](mailto:leonhard.dobusch@reflex.at)

## Paradoxe Intervention

### Die ÖH-Wahlen 2005: Neues Wahlrecht, alte Mehrheit?

Zwei Wochen nach den Wahlen zur Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) brachte es „Eule“ am 20 Juni in der „Kronen Zeitung“ unter dem Titel „Akademische Nachlese“ scheinbar auf den Punkt: *„Statt der schwarz-blauen Machtübernahme in der Studentenvertretung stellte sich sehr zur Überraschung der Gesetzeskritiker heraus, dass sich gar nichts geändert hatte. Im Gegenteil: Die Studentenvertretung bleibt verstärkt in links-grünen Händen!“*

Hat „Eule“ recht? Haben die roten und grünen StudierendenvertreterInnen hysterisch und zu unrecht den schwarz-blau-orangen Demokratieabbau angeprangert? Straft sie nicht ihr eigener Wahlerfolg im Nachhinein Lügen?

Das Gegenteil ist wahr: Der rot-grünen ÖH vorzuwerfen, dass der Umfärberversuch der Bundesregierung am geänderten Stimmverhalten der Studierenden gescheitert ist, entbehrt nicht einer gewissen Dreistigkeit. Denn nur Zugewinne im zweistelligen Prozentbereich an zahlreichen Universitäten ermöglichten es der grün-roten ÖH auf Bundesebene ihre Arbeit mit einer viel knapperen, nunmehr rot-grünen Mehrheit fortzusetzen.

#### Ein Blick zurück

Aber schön der Reihe nach: Eine angemessene Interpretation der Wahlen der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) im Juni 2005 erfordert den Blick zurück in den November des Vorjahres: Spätabends am 10. des Monats sorgte ein Initiativantrag der ÖVP-Bildungssprecherin Gertrude Brinek für Bestürzung unter der großen Mehrheit der österreichischen StudierendenvertreterInnen aller Ebenen. Unter Umgehung ihrer gesetzlich vorgesehenen Einbindung wurde die demokratische Struktur der Studierendenselbstverwaltung im wahrsten Sinne des Wortes *über Nacht* massiv eingeschränkt. An Stelle einer direkten Wahl der Vertretung auf Bundesebene sollten in

Hinkunft nur auf Universitätsebene Listen gewählt werden, die dann je nach Universitätsergebnis Delegierte in das bundesweite Studierendenparlament entsenden dürfen.

Ein Wahlrecht, das umgelegt auf Österreich, der Abschaffung der Nationalratswahl zu Gunsten eines Entsendungsrechts der Landtage ins Parlament entsprechen würde, wobei Wiener Stimmen weniger als Tiroler oder Vorarlberger Stimmen zählen würden.

Denn die wahre Intention der (damals noch) blau-schwarzen Gesetzesinitiative macht erst ein Blick auf die Wahlarithmetik deutlich. Die Bevorzugung kleiner Universitäten und der pädagogischen Akademien hatte vor allem eine Konsequenz: Nirgends „kostet“ ein Mandat in der Bundesvertretung so viele Stimmen wie an der grün-roten Hochburg der Hauptuniversität Wien. Als kuriose Folge des neuen Wahlrechts entsenden 7.231 Klagenfurter Studierende ebenso 1 Person wie 1098 Salzburger PädAk-Studierende ins bundesweite Studierendenparlament. Eine Salzburger PädAk-Stimme zählt dadurch mehr als 6 Mal soviel wie eine Klagenfurter Stimme.

Hinzu kommt, dass die Studierenden auf verschiedenen Ebenen in der Vergangenheit teilweise stark unterschiedlich abgestimmt haben. Das Beispiel der Universität Linz macht das besonders deutlich: Die auf Universitätsebene mit über 30 Prozent dominierende, konservative Fachschaftsliste ÖSU erhielt bei der Wahl 2003 nur 9 Prozent der Bundesstimmen, Rot-Grün hatte dort im Gegensatz zur Universitätsebene eine klare Mehrheit.

### **Vom Vorreiter zum Nachzügler**

„Was hier stattgefunden hat, ist eine Umfärbung der Österreichischen HochschülerInnenschaft im Sinne der Bundesregierung,“ urteilte denn auch die damalige Bundes-ÖH-Vorsitzende Patrice Fuchs (VSSStÖ). Besonders der Eingriff in die studentische Selbstverwaltung störte sie: „Die ÖH verwaltet und trägt sich selber - auch finanziell. Daher ist jede Einmischung von Seiten der Regierung unerträglich.“ Tatsächlich hatte es noch nie seit 1945 eine derart massive Änderung (demokratischer) Strukturen einer gesetzlichen Interessensvertretung wie der ÖH gegeben – noch dazu ohne Mitsprache der unmittelbar Betroffenen.

Demontiert wurde damit eine europaweit angesehenes Vorzeigemodell: So war das alte Gesetz - eingeführt zu einer Zeit, als „alle Lebensbereiche mit Demokratie durchflutet“

werden sollten<sup>1</sup> - mit einem direkt gewählten Studierendenparlament auf Bundesebene für den Europarat in einer Studie „vorbildhaft“.<sup>2</sup>

Nach dem ersten Schock nahm die linke ÖH-Bundesvertretung aber den „Fehdehandschuh“ auf und kämpfte mit einem breiten Bündnis aus Studierenden, PolitikerInnen, KünstlerInnen und Prominenten gegen die Gesetzesänderung: Auf der Protest-Homepage „www.oeh-direkt.at“ argumentierten beispielsweise die Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, Publizist Armin Thurner oder die Gründerin des Liberalen Forums Heide Schmidt öffentlich gegen die Abschaffung der Direktwahl, letztere mit den Worten „Man merkt die Absicht und ist verstimmt“.

### **Wahlkampfthema Wahlrecht**

Nachdem aber aller Protest nichts half, machte vor allem der rote Verband Sozialistischer Studierender (VSSStÖ) die Wahlrechtsänderung zum Wahlkampfthema: Mit Plakaten unter dem Motto „Durchkreuze Gehrers Pläne!“ forderte der VSSStÖ die Studierenden auf, die verbliebene Stimme auf Universitätsebene zum Zeichen des Protests gegen die Wahlrechtsänderung zu machen. Eine Forderung, der die Studierenden in ganz Österreich nachgekommen sind.

Nach der Wahl 2005 ist in der österreichischen Studierendenvertretung nur auf den ersten Blick alles beim alten geblieben: Trotz neuem Wahlrecht konnte die grün-rote Bundesvertretung ihre Arbeit als nunmehr (nach Mandaten) rot-grüne Exekutive fortsetzen. Voraussetzung für diese „alte“ Konstellation auf Bundesebene war nämlich ein politischer Erdbeben an der großen Mehrheit der einzelnen Universitätsvertretungen: Neben den schon bisher grün-roten HochschülerInnenschaften in Wien und Salzburg werden seit Juni 2005 auch die Studierendenvertretungen an den Unis Graz, Innsbruck und Klagenfurt Rot-Grün bzw. Grün-Rot geführt.

Auch in den schwarzen Hochburgen der Wirtschaftsuniversitäten in Linz und Wien änderte sich das Wahlverhalten massiv: In Linz fehlten dem VSSStÖ am Ende nur noch 60 Stimmen auf die stimmenstärkste und konservative Fachschaftsliste ÖSU – vor zwei Jahren waren es noch 600 gewesen.

---

<sup>1</sup> Slogan Bruno Kreiskys rund um sein Projekt einer „Modernisierung“ Österreichs 1970/71

<sup>2</sup> Nach einer Protestnote des Dachverbands der Europäischen Studierendenvertretungen (ESIB) vom 16.11.2004

Für die neugewählte VSSStÖ-Bundesvorsitzende Sylvia Kuba aus Wien waren es aber nicht nur die Proteststimmen gegen das neue Wahlrecht, die zu dem fulminanten Wahlerfolg ihrer Studierendenorganisation geführt haben: „Die Studierenden wählen nicht einfach blind gegen ihre Interessen. Vielmehr haben vier Jahre rot-grüne ÖH auf Bundesebene gezeigt, dass linke Politik und ausgezeichnetes Service kein Widerspruch sind.“ Ihre Vorgängerin als Vorsitzende Andrea Brunner verweist zusätzlich auf die Aufbauarbeit an früher vernachlässigten Universitätsstandorten: „Das gute Ergebnis gerade an den Technischen Universitäten ist das Ergebnis kontinuierlicher Arbeit – nicht nur der Präsenz kurz vor der Wahl.“

Trotz der beeindruckenden Zugewinne der roten und grünen Studierendenorganisationen an den Universitäten gaben aber letztlich erst die Stimmen der StudierendenvertreterInnen an den Pädagogischen Akademien (PädAks) den Ausschlag: Hätten sich nicht auch an den meisten PädAks KandidatInnen des VSSStÖ durchgesetzt, es hätte keine rot-grüne Mehrheit auf Bundesebene gegeben. Mit diesen PädAk-Mandaten aber ergab sich die absurde Situation, dass der VSSStÖ nach einer Wahlrechtsänderung gegen den erklärten Willen einer linken ÖH-Bundesvertretung erstmals mandatsstärkste Fraktion im bundesweiten Studierendenparlament geworden ist. Vorsitzende Sylvia Kuba bleibt aber trotzdem bei ihrer vernichtenden Kritik am neuen Wahlrecht: „Dass der VSSStÖ mit den drittmeisten Stimmen die relative Mandatsmehrheit erzielt hat, ist wohl der beste Beweis der Richtigkeit unserer Kritik am neuen ÖH-Gesetz als undemokratisch. Wir werden jedenfalls weiterhin für eine Direktwahl auf Bundesebene kämpfen.“

## **Anhang 1:**

### **Was ist die Österreichische HochschülerInneschaft (ÖH)?**

Die Österreichische HochschülerInneschaft ist die gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Akademien, (noch) nicht erfasst sind die Studierenden an Fachhochschulen. Sie fußt mit automatischer Mitgliedschaft und dem von den Studierenden geleisteten ÖH-Beitrag in Höhe von EUR 15,36 als Selbstverwaltungskörper auf der selben gesetzlichen Grundlage wie ihre Pendanten Arbeiter- und Wirtschaftskammer.

Die Palette der ÖH-Leistungen reicht von der persönlichen Studien- und Sozialberatung zu Semesterbeginn über unzählige Skripten und Broschüren bis hin zu einem Sozialtopf, um die Lücken im Stipendiensystem zu stopfen. Und es sind mehrere Hundert ehrenamtliche ÖH-

Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter, die auf diese Art versuchen, die Probleme im Studierendenalltag ein wenig erträglicher zu machen. So verwundert es auch nicht, dass erst in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts mehr als 80% der Studierenden in einer Urabstimmung für die Beibehaltung der automatischen Mitgliedschaft in der ÖH gestimmt haben.

Mehr über die ÖH sowie ihre Struktur, Aufgaben und Leistungen findet sich in österreichs größtem Online-Studierendenportal „[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)“.

## Anhang 2:

<b>Altes ÖH-Wahlrecht</b>	<b>ÖH-Wahlen „Neu“</b>
<p><b>Studienrichtungsvertretung (StrV)</b> Gewählt wurden die 3 – 5 Vertreter pro Studium, zuständig für Studienberatung, Vermittlung bei Problemen mit Instituten und Mitarbeit bei Studienplänen</p>	<p><b>Studienvertretung (StV)</b> Zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben kommt in Zukunft die Wahl bzw. Entsendung in die Fakultätsvertretung – so es eine solche gibt.</p>
<p><b>Fakultätsvertretung (FV)</b> Hier konnten Listen (zB VSSStÖ, GRAS) gewählt werden. Aufgabe waren studienübergreifende Rahmenbedingungen der Fakultäten zu verbessern und Mitsprache bei Personalentscheidungen.</p>	<p><b>Wahlrecht: gestrichen</b> Die Fakultätsvertretungen werden nicht mehr direkt gewählt, sondern aus den StVen „entsandt“, die Aufgaben bleiben die selben. Fazit: Mehr (sinnlose) Arbeit, weniger Mitbestimmung &amp; Demokratie</p>
<p><b>Universitätsvertretung (UV)</b></p> <p>In die UV konnten und können auch in Zukunft Listen gewählt werden. Aufgabe, vor allem der mit Mehrheit gewählten Vorsitzenden und ReferentInnen, ist die Vertretung Studierendenanliegen auf Uni-Ebene und studienübergreifendes Service (z.B. Sozialberatung, Broschüren etc). Seit 2005 ist die UV aber auch die höchste wählbare Ebene geworden. Somit entscheidet diese Stimme auch darüber, wer für die jeweilige Uni im österreichweiten Studierendenparlament sitzen wird.</p>	
<p><b>Bundesvertretung (BV)</b> Auch auf Bundesebene wurden noch 2003 Listen gewählt, die Unterschiede zu den Ergebnissen auf Universitätsebene waren teilweise beträchtlich. Seit den ÖH-Wahlen</p>	<p><b>Wahlrecht: gestrichen</b> Die Bundesvertretung wird nunmehr indirekt beschickt, die ein Stimmensplitting zwischen Universitäts- und Bundesebene ist unmöglich. Stimmen zählen durch die</p>

<p>1999 gab es hier eine stabile grün-rote Mehrheit.</p>	<p>Entsenderegeln stark unterschiedlich viel: 7.231 Klagenfurter Studierende entsenden ebenso 1 Person wie 1098 Salzburger PädAk-Studierende.</p>
--	---